



Unser Titelblatt

Afrikanischer Fahnen­schwin­ger auf der Mittleren Brücke in Basel – kein alltäglicher Anblick und vor drei, vier Jahrzehnten noch unvollstellbar. Menschen mit afrikanischen Wurzeln beleben unseren Alltag. Längst ist das afrikanische Kulturschaffen, allen voran die Musik, bei uns Bestandteil des täglichen Kulturlebens geworden. Afrikanischer Tanz, Literatur und Spiritualität haben auch bei uns einen Stellenwert erlangt.

Foto: Eleonora Ineichen Matare

Menschen aus Afrika gehören heute in der Schweiz zum Alltagsbild. Innert kurzer Zeit hat sich in der Schweiz und in jenen europäischen Ländern, die keine koloniale Vergangenheit haben, eine afrikanische Diaspora gebildet. Während noch in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts Kinder nicht nur im Berner Oberland, sondern auch in Basel unsere afrikanischen Gäste «anschauen» kamen, hat man sich heute an die Anwesenheit von AfrikanerInnen gewöhnt. Was wäre der Fussball – inklusive Nationalmannschaft – heute ohne Mitspieler mit afrikanischen Wurzeln?

Menschen aus Afrika machen – statistisch gesehen – 2,9 Prozent der gesamten ausländischen und 0,6 Prozent der gesamten schweizerischen Bevölkerung aus. Zwischen 1990 und 2002 sind rund 23 000 Personen aus Afrika zugewandert. Wenn auch verschwindend klein an der Zahl: Sie fallen auf. Grund dafür ist die Hautfarbe. Die gedanklichen Assoziationen dürften jedoch noch immer speziell sein. Nur zu oft wird mit der afrikanischen Diaspora Schmarotzertum, Drogenhandel oder leichtes Leben verbunden.

Im vorliegenden «Afrika-Bulletin» gehen wir in zwei Beiträgen auf die afrikanische Diaspora ein. Menschen mit Wurzeln in Afrika fühlen sich stark ihrer in Afrika lebenden Familie verbunden. Die finanzielle Unterstützung an diese Familie ist von grosser Bedeutung. Die Überweisungen sichern ganzen Grossfamilien ein Überleben. Damit befasst sich ein erster Artikel.

Im zweiten Artikel zeigen wir, dass sich AfrikanerInnen organisieren. Wenn sich auch gezeigt hat, dass es eine Fiktion ist, von einem übergreifenden afrikanischen Bewusstsein zu sprechen und es kaum möglich ist, AfrikanerInnen in einer gemeinsamen Plattform zusammenzubringen, gibt es einzelne Ansätze. Einer davon ist die wöchentliche Sendung des Basler «Radio X».

In der vorliegenden Ausgabe gehen wir zudem auf verschiedene andere Themen ein, die wir beachtens- und erwähnenswert finden. Nach wie vor wird der Bevölkerung der Westsahara das Selbstbestimmungsrecht und damit auch ein menschenwürdiges Leben vorenthalten. Die völkerrechtswidrige Besetzung durch Marokko wird wie eine heisse Kartoffel behandelt und alle Staaten und internationalen Organisationen drücken sich um eine Lösung, nur um ihre Interessen in Marokko nicht zu gefährden. Dazu hat sich Eduardo Galeano Gedanken gemacht.

Schliesslich gehen wir auf ein aussergewöhnliches «Graswurzelprojekt» ein: Die aussergerichtliche Schlichtung von Fällen der Kleinkriminalität in Mdantsane, einer Gemeinde bei East London in Südafrika. Diese beispielhafte Arbeit wird vom Afrika-Komitee in bescheidenem Masse finanziell unterstützt. Nun hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine finanzielle Unterstützung von 31 000 Franken beschlossen – herzlichen Dank!

Hans-Ulrich Stauffer

Impressum

Ausgabe 132 | November / Dezember 2008
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 33. Jahrgang.
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61 692 51 88 | Fax (+41) 61 269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch
Postcheck-Konto Basel 40-17754-3
BRD-Konto: B. Felber, Basel, 329 50-754
Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75)

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
E-Mail-Adresse: info@afrikakomitee.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gertrud Baud; Susy Greuter; Charlotte Schläpfer; Ruedi Suter;
Pius Frey, Comedia St. Gallen; Mitarbeitende am Schwerpunkt:
Alicia Gamboa (cfd) und Yolande Madia (Radio X).

Gestaltungskonzept: typohaller
Layout: 9•6 | Felicitas Wernli | Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 133: 25. Dezember 2008.
Schwerpunkt: Probleme der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit.
Mögliche Schwerpunkte weiterer Ausgaben: Sudan und Darfur. Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Steuertricks der Holzindustrie auf Kosten Afrikas

Holzindustrie hintergeht afrikanische Staaten

«Steuertricks im Kongo» heisst der brisante Report, den Greenpeace International kürzlich vorstellte. Er beleuchtet die Methoden des sogenannten «Transfer Pricing» – dies anhand des Beispiels der Danzer Group, dem internationalen Holzkonzern mit Hauptsitz im Kanton Zug. Was dieser tue, sei im internationalen Tropenholzbusiness «die Regel». Ruedi Suter fasst zusammen.

Der Report zeigt, wie internationale Holzkonzerne ein aufwändiges System der Verschiebung von Gewinnen anwenden, Einkommen aus Afrika in Offshore-Bankkonten bewegen, um so Steuerbehörden und Steuerzahlungen zu umgehen. Der Bericht sei «ein weiterer Beweis dafür, dass internationale Holzkonzerne im Kongobecken nicht zur Armutsbekämpfung beitragen, sondern im Gegenteil ihre Profite auf Kosten der Umwelt und der lokalen Bevölkerung von Afrika nach Europa verschieben», kommentierte Greenpeace.

Entlarvende Dokumente

Die Organisation ist an interne Dokumente der Danzer Group gekommen. Sie sind entlarvend. Die Papiere zeigen im Detail, wie das Holzunternehmen mit Preisabsprachen innerhalb seiner Tochterfirmen die Zahlen «zurechtrückt»: Die Firma Siforco (mit Sitz in der Demokratischen Republik Kongo, DRK) verkauft offensichtlich ihr Holz zu einem offiziellen Preis an die Schweizer Interholco, der unterhalb des wahren Marktwertes liegt.

Das Defizit werde durch inoffizielle Zahlungen auf Offshore-Bankkonten in Europa ausgeglichen, so dass die Danzer Group eine Reihe von den in der DRK erhobenen Steuern umgehen kann. «Der Greenpeace-Report beweist, dass die Holzindustrie weiterhin das kongolesische Volk schädigt», kritisierte Michelle Medeiros als Verantwortlicher für das Afrikawald-Projekt bei Greenpeace International.

Subventionen für ausbeuterische Holzkonzerne

Jetzt, da die grossen Urwälder im Kampf gegen den Klimawandel immer wichtiger werden, sollten die Gasterstaaten «endlich aufhören», internationale Holzkonzerne zu subventionieren. Stattdessen müsse die internationale Gemeinschaft Alternativen zum Holzeinschlag fördern. So zum Beispiel Fonds zur Erhaltung der letzten Wälder als Kohlenstoffspeicher. Dies würde sowohl den Menschen im Kongo als auch dem globalen Klimaschutz dienen.

Bruno Gurtner, Präsident von Taxjustice Network International, zerpfückte das «Transfer Pricing». Er sagte: «Missbräuche im «Transfer Pricing» führen dazu, dass Regierungen keinen angemessenen und fairen Anteil an den Steuern multinational tätiger Unternehmen erheben. Fast zwei Drittel des weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen spielt sich gemäss OECD nicht auf dem freien Markt ab, sondern entsprechen konzerninternen Transaktionen zwischen einzelnen Konzerngesellschaften.»

Forderung nach Widerruf illegaler Konzessionen

Peter Niggli, der Geschäftsleiter von Alliance Sud, kommentierte die Folgerungen des Greenpeace-Reports so: «Während sich die Danzer Group anstrengt, ihre Steuerschulden gegenüber den beiden Kongo klein zu halten oder ganz zu vermeiden, bemühen sich diverse Gebirgländer, darunter auch die Schweiz, durch ihre Entwicklungshilfe die sozialen Dienstleistungen oder die Infrastrukturen auszubauen. Widersprüchlicher könnten die Beziehungen nicht sein.»

Heute fange in Kongo-Kinshasa auch eine kritische Phase der von der Regierung geführten rechtlichen Revision aller Holzschlag-Konzessionen an, hiess es an der Medienorientierung weiter. Diese rechtliche Revision beinhalte «Kriterien, welche eine Steuerhinterziehung in diesem Umfang enthüllen könnten». So fordert Greenpeace von den Regierenden der DRK, alle nicht vorschriftsmässigen Konzessionen zu widerrufen. Überdies müsse das Moratorium von Mai 2002 über die Erteilung von neuen sowie die Erneuerung von alten Konzessionen weitergeführt und auch richtig umgesetzt werden.

Ob diese Forderungen noch rechtzeitig greifen werden, ist mehr als fraglich. Die seit Dekaden kritisierten Abholzungen im Kongobecken gehen ungebremst weiter – begünstigt durch Waldverknappung anderswo, durch Korruption, fehlende Kontrollmechanismen und Unentschlossenheit auf allen Ebenen – auch auf jenen der EU und UNO. ■



Raubzug im Urwald: Der unkontrollierte Holzschlag – vielfach geschönt mit erschlichenen Bewilligungen – zerstört den Lebensraum der Ureinwohner. Im Holzhandel läuft einiges schief, nicht zuletzt auch die Steuerentrichtung an die Produzentenländer.

Foto: Ruedi Suter

Rimessen in Afrika

Die Bedeutung des Geldtransfers nach Afrika

Knapp zwölf Milliarden Dollar fließen jährlich nach Afrika – nicht als Entwicklungshilfe, Investitionen oder Bilanzhilfen an afrikanische Regierungen. Millionen von Menschen mit afrikanischen Wurzeln, die ihren Kontinent Richtung Norden verlassen haben, unterstützen mit grossen und kleinen Beiträgen ihre Familien in Afrika – Zahlen, die in keiner Statistik erscheinen.
Ein Bericht von Alicia Gamboa.

Rimessen sind Gelder, mit denen MigrantInnen ihre Verwandten in den Herkunftsländern unterstützen. Die Rimessen in Afrika sind mit etwa 11 800 Millionen Dollar wichtig für die Haushalte, die dieses Geld bekommen, obwohl sie im Vergleich mit den Rimessen anderer Länder noch als kleinere Geldmenge betrachtet werden können: Im Jahr 2007 waren es nur 5 Prozent der gesamten Summe von 240 000 Millionen Dollar der weltweiten Rimessen.

Geldtransfersysteme

Formelle Geldtransfers laufen durch offizielle Institutionen wie Banken, Postfilialen oder Transferfirmen, z.B. die «Western Union». Diese Transfers werden registriert. Diese Kanäle sind oft für viele MigrantInnen entweder sehr teuer oder nicht erreichbar. Deswegen werden auch informelle Kanäle benutzt. Verwandte, Freunde oder Bekannte, die ins Herkunftsland reisen, nehmen das Geld mit sich. Buschauffeure werden ebenfalls als Kuriere beauftragt. Man gibt ihnen einen Brief mit Geld für die Verwandten mit.

Eine sehr alte und verbreitete Form des Geldtransfers in Südasien, in Teilen von Afrika und in arabischen Ländern ist das Hawala-System. Das Wort Hawala wird aus dem Arabischen mit «Wechsel» übersetzt. Dieses System erlaubt schnelle, kostengünstige Geldtransfers in sonst unerreichbare Ecken Afrikas ohne Identifikationsdokumente.

Ein Beispiel, wie das Modell funktionieren kann: Abena möchte ihrem Bruder Kwame in Assahoun, Ghana, 200 Franken schicken. Sie sucht einen Hawaladar (einen Ghanesen, der im Ausland lebt und im Hawala-



Afrika lebt von den Überweisungen der Emigranten in den Industriestaaten. Milliarden werden jährlich an die daheim gebliebenen Familien überwiesen, meist über Kanäle, die sich der staatlichen Kontrolle und statistischen Erfassung entziehen. Doch soweit die Gelder alleine in Konsumgüter investiert werden, haben sie keinen nachhaltigen Entwicklungseffekt.

Foto: zVg

Die drei wichtigsten Empfängerländer von Rimessen in Afrika sind Nigeria, das im Jahr 2007 3 300 Millionen Dollar bekommen hat, Kenia mit 1 300 Millionen Dollar und Sudan mit 1 200 Millionen Dollar. Um diese Summen mit anderen Ländern vergleichen zu können noch einige Daten aus der Topliste der Rimessen: Indien hat im Jahr 2007 27 000 Millionen Dollar als Geldrücküberweisungen bekommen, China 25 700 Millionen und Mexiko 25 000 Millionen. Die Topsender sind USA, Saudi-Arabien, die Schweiz und Deutschland. Diese Daten werden von der Worldbank (www.worldbank.org) verbreitet und sind nur eine Schätzung, weil die Kanäle, durch welche die Rimessen fließen, nicht immer offiziell sind.

System ist) und gibt im das Geld. Der Hawaladar wird für die 200 Franken einen besseren Wechselkurs geben als eine Bank, verlangt weniger Gebühren und keine Dokumente. Via Telefon, Fax oder Mail nimmt er Verbindung auf mit einem Hawaladar in Assahoun und gibt den Auftrag, das Geld in Ghana-Shilling an Kwame zu bringen. Abena telefoniert mit Kwame, gibt ihm einen Code und nennt den überwiesenen Betrag. Kwame identifiziert sich mit diesem Code beim Hawaladar in Assahoun und bekommt das Geld. In Ghana empfangen etwa 41 Prozent – also nahezu die Hälfte – der Haushalte mindestens einmal pro Jahr Rimessen für durchschnittlich 218 US-Dollar.

In Regionen, in denen es weder Bankfilialen noch Geldautomaten oder Hawala gibt, spielt das Handy eine immer wichtigere Rolle. Der Transfer wird mit dem Handy ausgelöst, der Handy-Shop des Netzbetreibers zahlt das transferierte Geld an die gewählte Person.

Wirkungen der Rimesen

Wie in allen anderen Ländern werden auch in Afrika die Rimesen vorwiegend in Konsumgütern umgesetzt und sind eine Art Sozialhilfe. In Afrika hat aber dieses Geld einen grösseren Armutsminderungseffekt als in anderen Kontinenten.

Ein Beispiel: 300 Franken Rimesen bedeuten in Quito, Ecuador, knapp die monatlichen Lebensunterhaltungskosten einer Familie. Die gleichen 300 Franken bedeuten im ländlichen Ghana Unterstützung für mehrere Monate. Dass die Rimesen für Afrika und andere Länder überlebenswichtig sind, ist nicht zu diskutieren. Diese Gelder fließen ohne grosse Bürokratie direkt zu den Bedürftigen. Trotzdem hat dieser positive Effekt bei genaueren Überlegungen auch Nachteile: Rimesen führen zu Ungleichheiten zwischen Familien, die sie bekommen und Familien, die keine Überweisungen erhalten.

Rimesen können ebenfalls zu Abhängigkeiten von Verwandten im Ausland führen. Auch wird Migration als einziger Weg gesehen, ein besseres Leben zu haben. Das führt zu einer zunehmenden Abwanderung von Arbeitskräften, was eine fatale Wirkung für eine Region bedeuten kann.

Weil Rimesen individuell fließen, haben sie den Nachteil, dass das Geld selten investiert wird, der Entwicklungseffekt der Rimesen ist gering. Wenn die Rimesen für Bildung, Gesundheit oder Ernährung investiert werden, haben sie einen positiven Effekt, obwohl sie staatliche Aufgaben übernehmen. Wenn die EmpfängerInnen ein Fernsehgerät kaufen, hat das keinen Effekt. Ein Haus zu bauen hat einen multiplikatorischen Effekt in der lokalen Wirtschaft. Wenn die Rimesen für eine Wasserpumpe eines Bewässerungssystems in der Landwirtschaft gebraucht werden, kann diese Investition zu Nahrungsmitteln, Arbeitsplätzen und Einkommen für mehrere Personen führen.

Care Drain

Ein anderer Effekt ist die Abwanderung von gut qualifizierten Arbeitskräften, besonders im Gesundheitssektor. Länder wie USA, Kanada oder Grossbritannien haben eine grosse Nachfrage nach Pflegepersonal. Dieses wird zum Teil in Afrika rekrutiert. Für afrikanische Ärzte und Krankenschwestern ist es viel lukrativer, in Europa oder Nordamerika zu arbeiten. Die Abwanderung von ÄrztInnen und Pflegepersonal hat in Afrika zu einer grossen Krise im Gesundheitssystem geführt. Nach Aussagen einer Untersuchung in Ghana im Jahr 1990 praktizierten dort 2000 Ärzte, 2004 waren es nur noch etwa 800. Im gleichen Jahr 2004 arbeiteten in Grossbritannien über 2000 ghanaische Ärzte.

Die Ausbildung eines Arztes in Kenia kostet etwa 40 000 Dollars. Eine Untersuchung aus dem Gesundheitssektor Kenias beziffert den Gesamtverlust, der bei der Auswanderung eines Arztes entsteht, auf 184 000 Dollar, bei einer Krankenschwester sind es 34 000 Dollar.

In den letzten Jahren ist die globale Summe der Rimesen so eklatant gestiegen, dass es die Begierden vieler weckt: Finanzinstitute, Transferfirmen und sogar die Regierungen einiger Empfangsländer entwickeln Programme, um die Rimesen zu steuern.

Die Regierungen Europas und Nordamerikas betrachten die Rimesen oft als eine Art Allerheilmittel gegen die Armut und gegen mangelnde Entwicklung. Die richtige Steuerung der Rimesen soll dazu dienen, weniger Entwicklungsgelder für die Länder des Südens zu sprechen. ■

Alicia Gamboa studierte Sozialanthropologie an der Universidad Autonoma de Yucatan in Mexiko und absolvierte in der Schweiz in Kommunikation und Gender Management zwei Nachdiplomstudien. Seit 2003 arbeitet sie beim cfd.

cf d

Der cfd bringt die Frauenperspektive ins Thema Rimesen. Im Rahmen des Projekts «Geld (Ein) Fluss» will er Frauen, die Geld in ihre Herkunftsländer schicken, als wirtschaftliche und soziale Akteurinnen stärken. Im Zielland sollen Rimesen als Motor für Gleichstellung der Geschlechter und nachhaltige Entwicklung dienen können. Frauen aus dem Maghreb nehmen an diesem Projekt teil. •

c f d

Die feministische Friedensorganisation

Stärkt Frauen. Öffnet Perspektiven.

Falkenhöheweg 8

Postfach 5761

CH-3001 Bern

www.cfd-ch.org

Djoliba – interkulturelles Radio

Afrikanisches Sendegefäss von «Radio X»

Djoliba ist in der Malinkesprache die Bezeichnung für den drittgrössten Fluss Afrikas. Der Niger entspringt in den Bergen Guineas und fliesst durch mehrere afrikanische Länder. Aufgrund der Vielfalt, die der Niger aufweist, ist Djoliba auch der Name der afrikanischen Radiosendung auf Radio X. Yolande Madia stellt die Radiosendung und das Projektteam vor.

Seit Januar 2008 sendet das Basler «Radio X» jeden Dienstagabend von 20 bis 21 Uhr ein Programm für schweizerische und afrikanische HörerInnen. Die Radiosendung erfolgt in drei verschiedenen Sprachen, nämlich auf Schweizerdeutsch, Französisch und Englisch. Unser Team besteht aus neun hier in der Schweiz lebenden Personen, die etwas gemeinsam haben: Die afrikanische Herkunft. Die Diversität des afrikanischen Kontinentes ist auch im Team wiederzufinden: Wir kommen aus sechs verschiedenen Ländern, sprechen mehrere Sprachen und üben unterschiedliche Berufe aus.

men möchten wir unsere Hörerschaft auf die Probleme, welche der afrikanischen Bevölkerung in der Schweiz begegnen, aufmerksam machen und zum Nachdenken anregen.

Integration und Völkerverständigung als Ziel

Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, den in der Schweiz lebenden Afrikanern zu signalisieren, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind und ihnen durch das Ansprechen der Probleme Mut zu geben, offener darüber zu sprechen. Zum Integrationsthema haben wir zudem auch Sendungen gestaltet, in denen die hier lebenden AfrikanerInnen ihre Unternehmungen und Projekte vorgestellt haben. Andere Djolibasendungen handelten von einem afrikanischen Land oder einer bestimmten afrikanischen Musikrichtung. Mit dieser Thematik wollen wir unseren HörerInnen die Vielfalt und den Reichtum des afrikanischen Kontinentes aufzeigen. Afrika ist nämlich nicht nur ein Kontinent, sondern eine kleine Welt für sich. Um diese kleine Welt kennen zu lernen, berichten wir über Kultur, Sitten, Geographie, Essen und Religion der afrikanischen Länder und lassen unsere HörerInnen die Länder durch die Musik erleben.

Die politische Lage der afrikanischen Länder findet in unseren Sendungen auch einen bedeutenden Platz. In den vergangenen Radiosendungen wurde beispielsweise über die politische Lage in Zimbabwe oder Südafrika diskutiert. In jeder Djolibasendung berichten wir über Nachrichten und Kultur rund um Afrika. Bei den Nachrichten informieren wir über aktuelle Meldungen, welche sich auf Afrika beziehen. In der Kulturagenda informieren wir über afrikanische Konzerte, Konferenzen, Feste oder Ausstellungen und geben Ausgangstipps.

Dieser kulturelle Rahmen ist auch ein wichtiger Gegenstand unserer Sendung. Mit der Kulturagenda möchten wir unserer Hörerschaft die Möglichkeit geben, die in der Schweiz existierende afrikanische Kultur kennenzulernen. Die soeben erwähnten Themen unserer Radiosendung Djoliba gestalten wir in Form von Reportagen, Berichten und Interviews mit eingeladenen Gästen. Die Musik ist ein zentraler Bestandteil unserer Sendung. Die Radiosendung Djoliba wird durch musikalische Intermezzi bereichert und zeigt die reiche musikalische Klangwelt des afrikanischen Kontinentes. ■

«Radio X» sendet auf 94,5 FM.



Das «Djoliba»-Team:
Engagement von Menschen
mit afrikanischem
Hintergrund für Menschen
mit afrikanischem
Hintergrund.

Foto: zVg

Afrikanische Trägerschaft

Unsere Motivation, in der Schweiz einen kleinen Integrationsbeitrag zu leisten, und unser Flair fürs Radio führt uns zur ehrenamtlichen Tätigkeit für Djoliba. Zum Djolibateam gehören namentlich: Aimé Ofounou, Gislène Chomette, Henri Michel Yéré, Mohomodou Housouba, Nancy Bannermann, Pascal Kpedzroku, Stephan N'Toum'Essia, Aurélie Cramer und Yolande Madia. Gemeinsam möchten wir mit dieser Radiosendung einen Ort für unsere HörerInnen schaffen, wo man einem authentischen Afrika begegnet.

Für dieses Ziel erarbeiten wir wöchentlich unterschiedliche thematische Schwerpunkte für die Sendungen. Wir lassen uns dabei von unseren persönlichen Interessen und Erfahrungen, von den Anliegen unserer Hörerschaft sowie von den aktuellen Geschehnissen inspirieren. Die vergangenen Sendungen handelten von Integrationsthemen wie beispielsweise binationale Ehen, Mischlingskinder oder Rassismus. Mit diesen The-

Wann hört der Albtraum endlich auf?

Zimbabwes Krise ohne Ende

Die vom ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Mbeki vermittelte Vereinbarung zwischen der Regierungspartei Zanu-PF, die die Wahlen klar verloren hat, und der siegreichen Opposition MDC hat bis heute nicht zu einer Beendigung der Krise geführt. Vielmehr wird MDC weiterhin in allen nur denkbaren Formen schikaniert und MDC-AnhängerInnen verfolgt. Gertrud Baud fasst die jüngste Entwicklung zusammen.

Nachdem die Oppositionspartei MDC im März die Parlamentswahlen gewonnen hatte, verstärkte die Regierungspartei Zanu-PF die Repression gegen MDC. Mit beispielloser Brutalität wurden alle, die der Sympathie mit MDC verdächtigt wurden, verfolgt. Die Opfer wurden vor allem mit Knüppeln, Stöcken oder mit Lederpeitschen, die mit Nägeln verstärkt waren, geschlagen. Verwendet wurden ebenfalls in Pestiziden getunkte Stöcke und Peitschen. Arm- und Beinbrüche, Rückenverletzungen, grosse Fleischwunden vor allem an Gesässen und Fusssohlen und stark infizierte Wunden waren die Folge. Es kam sogar zu Massenvergewaltigungen an jungen Frauen. Spitälern und ÄrztInnen wurde verboten, verwundete Oppositionelle zu pflegen. Nach diversen Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen mussten zwischen April und Mitte Juli mindestens 4390 Menschen wegen politischer Gewalt medizinisch behandelt werden. In dieser Zeit wurden auch 350 MDC-AktivistInnen ermordet. Die Täter waren hauptsächlich Zanu-PF-(Jugend)-Aktivisten.

MDC konnte in diesem gewalttätigen Umfeld keinen Wahlkampf führen und zog sich deshalb von der Präsidenten-Stichwahl zurück. Worauf der bisherige Regierungschef Mugabe die Wahl im Juni «gewann». Allerdings waren die Wahlen so offensichtlich unfair, dass sie sogar von SADC, dem Staatenverbund des Südlichen Afrika, der bis jetzt immer Mugabe unterstützt hatte, nicht anerkannt wurden.

SADC geht auf Distanz zu Mugabe

SADC übte Druck auf Mugabe aus, Verhandlungen über eine Machtteilung mit MDC aufzunehmen. Am 21. Juli unterzeichneten Zanu-PF und die beiden Fraktionen von MDC ein Memorandum of Understanding und am 15. September den Power Sharing Deal (Vereinbarung über die Teilung der Macht). Darin verpflichteten sich die Parteien unter anderem, die Gewalt zu stoppen, den MDC-Führern Bewegungsfreiheit im ganzen Land zuzugestehen, die rund 1500 politischen Gefangenen sofort freizulassen und die Arbeit von NGOs für Nahrungsmittelhilfe und medizinische Hilfe zuzulassen.

Wer die weitere Entwicklung betrachtet, bekommt allerdings den Eindruck, dass die Vereinbarung von Mugabe nur geschlossen wurde, um Zeit zu gewinnen und MDC auszutricksen und dass Mugabe mit aller Macht versucht, eine wirkliche Machtteilung zu verhindern. Dabei erstaunt immer wieder, mit welcher Unverfrorenheit die Regierung auftritt. Hier einige Beispiele: Mugabe hat entgegen der Vereinbarung und offenbar mit Unterstützung des SADC-Vermittlers Mbeki, alle wich-

tigen Regierungsämter eigenmächtig mit seinen Leuten besetzt. Die Proteste von MDC wurden bis jetzt auch von Mbeki mit Hinweis auf die wichtigen für sie reservierten Posten abgewiegelt. MDC-Chef Tsvangirai erhielt im Oktober keine Reisedokumente und konnte deshalb an einer SADC-Konferenz über Zimbabwe in Swaziland nicht teilnehmen. Die Begründung der Regierung: Auch Tsvangirai müsse auf seinen Pass wie alle anderen Bürger warten und zudem habe es kein Papier. Am 17. Oktober wurden zwei WOZA-Aktivistinnen (Frauen von «Zimbabwe erhebt euch»), verhaftet, als sie in Bulawayo zusammen mit 200 anderen WOZA-Aktivistinnen friedlich für freien Zugang zu Nahrungsmittelhilfe protestierten. Die Eröffnung des neu von der Opposition beherrschten Parlaments wurde von Oktober auf Mitte November verschoben mit der Begründung, die Regierung habe kein Geld, die Transport- und Hotelkosten für die auswärtigen Parlamentarier zu bezahlen. Dies hinderte die Regierung allerdings nicht, im September mit einem Grossaufgebot an die UNO-Konferenz nach New York zu gehen. Und schliesslich wurde Ende Oktober bekannt, dass die Regierung alles Saatgut und allen Dünger aufgekauft hatte und nun durch die Armee nur an Zanu-PF-Mitglieder abgibt.

Es verwundert deshalb nicht, wenn in MDC-Kreisen nun eine Aufkündigung der Vereinbarung sowie die Durchführung von Neuwahlen gefordert werden.

Wenigstens ist die Gewalt seit Mitte Juli als Folge der Verhandlungen zurückgegangen. Doch noch immer ist die Situation angespannt, die Zweiteilung und Intoleranz in der Bevölkerung besteht nach wie vor und Meinungsäusserungsfreiheit gibt es nach wie vor nicht. MDC-Mitglieder haben Angst, sich zu outen und ihre Partei-Shirts zu tragen.

Diverse Organisationen der Zivilgesellschaft fragen sich, wie die Wunden der Gewalt geheilt werden können. Wie können die Opfer von ihren Traumatas erlöst werden und wie können die oft jugendlichen Täter wieder in die Gesellschaft integriert werden? Gleichzeitig ist für viele klar, dass die Verantwortlichen für die Gewaltorgie zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Landesweite Hungersnot

Die Lage eines Teils der Bevölkerung ist alarmierend. Rund fünf Millionen Menschen brauchen dringend Nahrungsmittelhilfe. Die Nahrung scheint bereit zu sein, doch verzögert die Regierung mit bürokratischen Schikanen (angeblich zur Identifizierung der Bedürftigten) die Verteilung. Wegen dem Hunger setzen HIV-Infizierte, die Medikamente erhalten, ihre Medikamente ab, weil sie davon Hunger bekommen. Das bewirkt, dass sie später wegen einer Resistenz des HIV-Virus nicht mehr weiter behandelt werden können.

Die Inflation betrug im September 1 500 000 (!) Prozent, Elektrizität und sauberes Wasser sind Mangelware, es gibt Cholera-Fälle, der Zustand der Strassen ist schlecht. Von den ehemals gut ausgerüsteten Spitälern steht nur noch die Hülle. Es fehlt an medizinischem Personal und Medikamenten. Wer in ein Spital eintritt, muss nicht nur die Nahrung selber mitbringen, sondern auch Bettzeug, Verbandsmaterial, Medikamente und auch Nadel und Faden zum Nähen. ■

Mauern – Die Sahraouis dürsten nach Gerec

Eduardo Galeanos Gedanken

Die Berliner Mauer wurde praktisch täglich in den Nachrichten erwähnt. Von morgens bis abends konnten wir lesen, hören und sehen: Die Mauer der Schande, die Mauer der Infamie, der Eisernen Vorhang...

Schliesslich ist diese Mauer gefallen, wie sie es verdiente. Aber andere Mauern, anderswo auf der Welt, wurden aufgerichtet, und sie werden immer zahlreicher. Sie sind sogar viel grösser als die Mauer, damals, in Berlin – und von ihnen spricht man nur wenig bis überhaupt nicht.

Wenig spricht man beispielsweise über die Mauer, welche die USA an der Grenze zu Mexiko aufgezogen haben, und kaum Erwähnung finden die Stacheldrahtzäune von Ceuta und Melilla um die spanischen Enklaven in Marokko, an der Mittelmeerküste in Nordafrika.

Fast nichts sagt man über die Mauer im Westjordanland, mit der die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete verewigt werden soll und die bald fünfzehn Mal länger sein wird, als es die Berliner Mauer je war.

Im Juli 2004 verurteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag den Mauerbau im Westjordanland als Verstoß gegen das internationale Recht und verfügte den Abriss der Mauer. Bis heute ist dies in Israel nicht bekannt geworden.

Im Oktober 1975 stellte der gleiche Gerichtshof klipp und klar fest: «Es gibt keine territorialen Hoheitsansprüche in der Beziehung zwischen Westsahara und dem Königreich Marokko.» Die Behauptung, dass Marokko schwerhörig gewesen sei, ginge an der Wirklichkeit vorbei, denn einen Tag nach dem Urteil befahl Marokko eine Invasion unter dem Namen «Der grüne Marsch», in deren Verlauf grosse Teile des fremden Gebietes mit Gewalt besetzt und die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben wurde.

«Tausendundeine» Resolution der UNO haben das Recht der einheimischen Bevölkerung der Westsahara auf Selbstbestimmung bestätigt. Was waren diese Beschlüsse wert? Es wurde vereinbart, ein Plebiszit abzuhalten, bei dem die Bevölkerung über ihr Schicksal entscheiden sollte. Daraufhin besiedelte der König das Gebiet mit marokkanischen Siedlern. Mit der Zeit aber traute der König auch den Siedlern nicht mehr. Der Kö-



Beduinninnen in der Abendsonne nahe der sahaurischen Stadt Tifariti im befreiten Gebiet der Westsahara.

Foto: © Boris Becker, VG Bild-Kunst Bonn

Und nichts, absolut nichts, sagt man über die Mauer, die seit mehr als zwanzig Jahren die marokkanische Besetzung der Westsahara festschreibt. Diese Mauer, die von Anfang bis Ende vermint ist und von Tausenden von Soldaten bewacht wird, ist sechzig Mal länger als die ehemalige Mauer in Berlin.

Warum gibt es wortlaute Mauern einerseits und absolut stumme Mauern andererseits? Hat das vielleicht etwas mit den Mauern der Kommunikation zu tun, die täglich von den grossen Medien errichtet werden?

nig, welcher der Volksbefragung einst zugestimmt hatte, sagte plötzlich nein. Sein Sohn, der ihm inzwischen auf den Thron gefolgt ist, sagt ebenfalls nein. Dieses Nein ist aber ein Eingeständnis. Durch die Verweigerung des Rechts auf Abstimmung gibt Marokko zu, das Land gestohlen zu haben.

Nehmen wir dies weiterhin einfach hin? Akzeptieren wir stillschweigend, dass in einer universellen Demokratie die Untergebenen nur das Recht auf Gehorsam ausüben dürfen?

Patriotismus scheint heutzutage ein Privileg der herrschenden Nationen zu sein. Will ein besetztes Land sich in Patriotismus üben, macht es sich des Populismus oder des Terrorismus verdächtig – oder wird einfach ignoriert.

Die sahraouischen Patrioten, die seit dreissig Jahren für einen Platz auf dieser Welt kämpfen, haben die diplomatische Anerkennung von 82 Ländern errungen. Unter ihnen auch von meinem Land, Uruguay, das sich damit der grossen Mehrheit afrikanischer und lateinamerikanischer Ländern angeschlossen hat.

Aber Europa nicht. Kein europäisches Land hat die sahraouische Republik anerkannt, auch nicht Spanien. Das ist Ausdruck einer grossen Verantwortungslosigkeit. Bis 1975 war die Sahara eine Kolonie Spaniens und Spanien hatte somit die rechtliche und moralische Verantwortung, die Unabhängigkeit des Territoriums zu schützen.

Was hat die koloniale Herrschaft nach einem Jahrhundert hinterlassen? Drei Akademiker sind ausgebildet worden: Ein Arzt, ein Rechtsanwalt und ein Handelskaufmann. Das ist alles, was die spanische Herrschaft hinterlassen hat. Und einen Verrat hat sie hinterlassen:

Spanien hat dieses Land und seine Menschen auf einem Tablett angeboten, damit sie vom marokkanischen Königreich einverleibt werden konnten. Seitdem ist Westsahara die letzte Kolonie in Afrika. Man hat ihr die Unabhängigkeit geraubt.

Die Zeltlager der sahraouischen Flüchtlinge im Süden von Algerien stehen in der unwirtlichsten aller Wüsten. Es ist weite Leere, umgeben von Leere. Dort wachsen nur Steine. Trotzdem ist es den Sahraouis in dieser ausgedörrten Gegend gelungen, die offenste Gesellschaft und die am wenigsten «machista» der islamischen Welt aufzubauen.

Die Sahraouis warten. Sie sind zu lebenslanger Angst und Sehnsucht verurteilt. Die Zeltlager der Flüchtlinge tragen die Namen der Ortschaften, die ihnen geraubt wurden, die Namen der Orte, wo sie sich getroffen haben, die Namen ihrer geliebten Plätze: El Ayoun, Smara ...

Sie selbst nennen sich die Kinder der Wolken, weil sie als Nomaden stets dem Regen folgten. Seit dreissig Jahren sind sie nun auf der Suche nach Gerechtigkeit, die in unserer heutigen Welt noch seltener zu sein scheint als Wasser in der Wüste. ■



Überblick über das grösste Flüchtlingslager Smara in der Westsahara nahe der algerischen Stadt Tindouf.

Foto: © Boris Becker, VG Bild-Kunst Bonn

Eduardo Hughes Galeano, 1940 in Montevideo, Uruguay, geboren, ist Journalist, Essayist und Schriftsteller. Mit zwanzig Jahren wurde er stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift *Marcha*, einer Zeitschrift für Kultur und Politik in Montevideo. Später war er leitend bei mehreren linksgerichteten Zeitschriften tätig; 1976 ging er ins spanische Exil, wo er bis zum Ende von Uruguays Militärdiktatur 1985 verblieb. 1971 erschien die erste Fassung seines wichtigsten Werkes «*Las venas abiertas de América Latina*» (dt. «Die offenen Adern Lateinamerikas»), welches sich mit der Geschichte Lateinamerikas, insbesondere den Kolonialherrschaften alter und neuerer Prägung, auseinandersetzt. Galeano gilt als einer der literarischen Wortführer der Dependenztheorie und zeichnet sich durch eine klare, einfache und gewitzte Sprache aus.

Der Betrag wurde vom Schweizerischen Unterstützungskomitee für die Sahraouis zur Verfügung gestellt. www.arso.org

China in Afrika

Steigende Investitionen

1990 haben die direkten Investitionen der Volksrepublik China in Afrika ganze 49 Mio. Dollar betragen. 2005 ist die Summe von 1,6 Mia. Dollar überschritten worden. Die chinesischen Investitionen konzentrieren sich in den nördlichen Ländern des Kontinents (977 Mio.) und in einigen wenigen Schwerpunktländern im südlichen und zentralen Afrika wie etwa Südafrika, Zambia, Tanzania und Nigeria. Die meisten Investitionen wurden im Sudan getätigt (351 Mio. Dollar), also rund 20 Prozent aller Investitionen. Die Investitionen werden primär in Infrastrukturprojekten und in Projekten zur Erschließung von Rohstoffen vorgenommen. Aber die Entwicklung ist rasant. Seit 2006 sind weitere Aufsehen erregende Transaktionen erfolgt: So hat die Commercial Bank of China einen Anteil von 20 Prozent an der Standsart Bank of South Africa erworben und dafür 5,6 Mia. Dollar bezahlt. 2007 wurde in China ein Entwicklungsfonds China-Afrika in der Höhe von 1 Mia. Dollar bereitgestellt, der auf 5 Mia. Dollar aufgestockt werden soll. Dieser Fonds soll chinesische Unternehmen unterstützen, die nach Afrika expandieren wollen. Die offizielle Afrikapolitik Chinas geht vom Grundsatz aus, dass kein Bezug erfolgt auf die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten, also keine Bindung an «good governance» oder die Einhaltung von Menschenrechten erfolgt. Das ermöglicht Investitionen im Sudan oder in Angola, wo sich westliche Staaten und Investoren sehr zurückhaltend zeigen. Auch in Zimbabwe hat China in den vergangenen Jahren investiert (insgesamt bis 2005 41 Mio. Dollar). ■

Tschad

Gescheitertes Erdöl-Projekt

2001 begannen der Tschad und die Weltbank ein vielversprechendes Projekt – das «Afrika-Bulletin» berichtete verschiedentlich darüber: Um die zahlreichen kleineren Erdölförderstätten im Süden des Tschad wirtschaftlich erfolgreich ausbeuten zu können, einigte sich das mausarme Land und die Weltbank auf eine Kooperation. Die rund 300 Förderstätten, die ein Poten-

zial von 1 Mia. Barrel Erdöl aufweisen, sollen durch eine rund 1000 Kilometer lange Erdölpipeline durch Kamerun zum Atlantik geleitet werden, wo dann die Verschiffung stattfinden würde. Für den Bau der Pipeline gewährte die Weltbank ein Darlehen von 400 Mio. Dollar. Im Gegenzug verpflichtete sich Tschad, 80 Prozent der Einnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur (Gesundheitswesen, Erziehung, ländliche Entwicklung) zu verwenden. Doch schon kurz nach Fertigstellung des Projekts kam es 2006 zur ersten Krise: Tschad drückte die Verpflichtungsrate von 80 auf 70 Prozent. Als neuer Verwendungszweck ist im 70-Prozent-Anteil nun auch die «innere Sicherheit», was den Armeeunterhalt und den Kauf von Armeeausrüstungsgütern einschliesst. Heute werden jährlich 53 Mio. Barrel Öl gefördert, der Anteil an den Staatseinnahmen durch das Erdöl ist inzwischen von 14 Prozent (2006) auf 20 Prozent (2007) gestiegen. Doch im Erdölfördergebiet – beispielsweise in der Region Doba – wird das Benzin aus der Flasche und zu einem Preis von Fr. 1.60 verkauft. Von den Erdöleinnahmen sieht die Bevölkerung nichts. Noch immer leben zwei Drittel der Bevölkerung von knapp anderthalb Franken, resp. einem Euro am Tag. Und nun hat sich Tschad auch noch mit der Weltbank überworfen und am 9. September die Vereinbarung über die Verwendung der Erdöleinnahmen aufgekündigt. ■

Südafrika

Korruption

Unter dem Namen «Scorpions» wurde vor Jahren eine Sondereinheit gegen Korruption gebildet. Mit einer Aufklärungsrate von 93 Prozent war diese Spezialtruppe äusserst erfolgreich – vielleicht sogar zu erfolgreich. Die Scorpions sind nun nämlich durch Beschluss des ANC und seines National Executive Council aufgelöst worden. Waren einzelne Mitglieder des NEC selbst im Fadenkreuz der Scorpions? Der abgehalfterte Präsident der Scorpions wurde postwendend zum Vorsitzenden der Antikorruptionseinheit der Weltbank gewählt. ■

Afrika

Elektrifizierung

Die Elektrifizierung ist ein Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Stromengpässe hindern Wirtschaft und Industrie, wie sich jüngst in Südafrika drastisch zeigte, wo aufgrund von Stromengpässen in einzelnen stromabhängigen Industriezweigen Einbrüche erfolgten. Mit Hilfe und Beratung der EU sollen nun die Stromversorgung und die Kapazitätenerschließung Afrikas verstärkt vorangetrieben werden. Ein erster Aktionsplan der Energiepartnerschaft EU-Afrika und die vereinbarten Massnahmen sollen zügig umgesetzt werden. Ziel ist es, einen Elektrizitätsgesamtplan für Afrika auszuarbeiten und die Möglichkeiten der afrikanischen Stromlieferanten zu fördern. Vorgesehen sind darüber hinaus Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz und der Verbindungsleitungen innerhalb Afrikas sowie zur EU. Im Bereich erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen wird es ebenfalls eine verstärkte Kooperation geben. Die EU-Mitgliedstaaten und die Privatwirtschaft werden aufgefordert, weitere Mittel für Investitionen in den Energiebereich auf Angebots- und Nachfrageseite bereitzustellen. ■

Horn von Afrika

Zunehmende Piraterie

Am Horn von Afrika nimmt die Piraterie dramatische Ausmasse an. Das International Maritime Bureau in Kuala Lumpur hat alleine dieses Jahr schon 59 Piratenangriffe auf Handels-, Passagier- und Sportschiffe registriert. Das Schema ist immer das gleiche: Auf Schnellschiffen nähern sich den eher langsamen Hochseeschiffen Piraten, nehmen diese unter Feuer und erzwingen einen Kurswechsel nach einem der Häfen Eyl, Garad, Hobyo und Harardere – alle im krisengeschüttelten Somalia und dessen Nordprovinz Puntland. Die Besatzungen werden an Land festgehalten, bis das Lösegeld bezahlt wird. Diese Lösegeldforderungen sind von einigen 100 000 Dollar mittlerweile auf Millionenhöhe gestiegen. Einzelne Versicherer untersagen den bei ihnen versicherten Schiffahrtsgesellschaften mittlerweile, über das Horn von Afrika zu fahren, falls sie

eine Versicherungsdeckung wollen. Damit fällt die Route durch das Rote Meer und den Suezkanal weg. Zwar sind NATO- und US-Boote auf Patrouille – doch vielfach dürfen diese aufgrund der Einsatzdoktrin der Entsendestaaten nicht militärisch intervenieren. So bleibt es dann beim Erheben des Drohfingers, was die Piraten längst nicht mehr abschreckt. Jüngster Höhepunkt ist nun die Entführung des ukrainischen Frachters «Faina». Seine Ladung: Militärgüter, darunter 30 T-72 Panzer. Interessant ist, dass unter der Herrschaft der früheren, islamistischen Regierung in Somalia keine Piratenakte mehr stattfanden! ■

Burundi

Bald minenfrei

Das von Bürgerkriegen heimgesuchte Burundi in Ostafrika soll weltweit das erste bislang minenverseuchte Land werden, das noch in diesem Jahr als von Minen frei bezeichnet werden kann. Dies meldet die Schweizer Anti-Minen-Organisation «Welt ohne Minen» (WOM). Mit dem letzten Aufspüren und Entschärfen der heimtückischen Sprengkörper sei ein wichtiger Schritt zur Beendigung der Bürgerkriegs-Nachwehen gelungen. Wichtige Impulse zum globalen Verbot der Minenproduktion und zur Räumung von verlegten Minen in Konfliktgebieten kommen von der Schweizerischen Stiftung für Minenräumung in Genf. Diese wird von WOM unterstützt und ist seit 2004 in Burundi aktiv. Dort dient als Partnerorganisation das Mine Action Center in der Hauptstadt Bujumbura. Im Zentrum des Engagements stehen die Entminung und die Schulung von Hilfskräften in der Provinz Bubanza. Die herkömmlichen landverlegten Minen werden in Konflikten immer mehr auch durch Streu- oder Clusterbomben ergänzt. Explodieren diese, werden Hunderte von Kleinbomben frei, die am Boden oft – auch nach Jahren noch – erst dann explodieren, wenn sie angefasst werden oder auf sie getreten wird. So gefährden Streubomben sowohl Menschen als auch Wild- und Nutztiere.

Im Mai dieses Jahres haben nun 100 Staaten ein Verbot der Clustermunition ausgesprochen. Nichts davon wissen wollten die grossen Produzenten und Anwender von Streubomben : USA, Israel, Russland, Indien und Pakistan. ■

Tanzania

Unheimliche Landvergeudung

In Tanzania wird immer mehr fruchtbares Ackerland mit dem Anbau von Pflanzen belegt, aus denen statt Nahrungsmittel Treibstoffe hergestellt werden. Dies geht aus einer neuen Studie des nichtstaatlichen Land Rights Research and Resources Institute in Dar es Salaam hervor. Laut diesem sind von der Regierung bereits mehr als 641 000 Hektar gutes Ackerland für den Anbau von Energiepflanzen wie den ungeniessbaren Jatropha-Pflanze freigegeben worden. Laut dem Tanzanian Investment Centre (TIC) sollen schon acht multinationale Unternehmen Lizenzen erworben haben, um in die Agrosprit-Produktion zu investieren. So soll sich etwa Bio-Shape, ein holländischer Konzern, bereits einen Pachtvertrag von 50 Jahren gesichert haben. Der Anbau von Pflanzen als Treibstoffersatz für das bald unerschwingliche Erdöl gefährdet aber die Selbstversorgung der Bauern und des Landes, was im Parlament bereits zu Protesten geführt hat. Allerdings scheint die tanzanische Regierung noch keinen richtigen Überblick über den Stand des Engagements

der Agrosprit-Firmen im Land zu haben. Parlamentsabgeordnete forderten nun einen sofortigen Stopp für weitere Landvergaben. Sie wissen die arme Bevölkerung, die rund einen Dollar pro Tag verdient und die explodierenden Lebenshaltungskosten auch für Grundnahrungsmittel wie Reis und Mais kaum mehr bezahlen kann, auf ihrer Seite. Nicht einzusehen ist zudem, dass fruchtbares Ackerland für eine äusserst genügsame Pflanze wie Jatropha vergeudet wird, da Jatropha problemlos auch auf unfruchtbaren Böden wächst. ■

Und dann noch das ...

In St. Gallen gibt es die «Krügerstrasse». Paul «Ohm» Kruger war Vordenker der südafrikanischen Apartheid. Seit den Achtzigerjahren wurden immer wieder Anläufe unternommen, die Strasse umzubenennen, beispielsweise in «Mandelastrasse». Nun hat der Stadtrat von St. Gallen beschlossen, die bisherige «Krügerstrasse» in «Dürrenmattstrasse» umzubenennen. ■

Mozambique: Strassenszene aus Maputo (Foto: Simon Collins)



Mozambique war 1998 mit 6 Mia. Dollar verschuldet. Durch Schuldenerlass konnte die Verschuldung auf 3,3 Mia. Dollar gesenkt werden. Die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und der IWF gewährten Schuldenerlasse.

Gerne weisen wir unsere LeserInnen auf die interessante Website, die vom Mozambique-Kenner Joe Hanlon betreut wird: www.open.ac.uk/technology/mozambique/

Aussergerichtliche Bewältigung von Alltags Unterstützung für Friedensprogramm in Mdantsane

Das Friedensprogramm in der südafrikanischen Gemeinde Mdantsane kann auf verschiedenen Ebenen Erfolge verbuchen. Um die Freiwilligen in ihrem Engagement weiter zu bestärken, suchte das Afrika Komitee nach Unterstützung. Der Basler Regierungsrat bewilligte jetzt für das Programm 31 000 Franken. Ein Zwischenbericht von Charlotte Schläpfer.

Um der täglichen Gewalt und den zahlreichen Verbrechen in der Gemeinde Mdantsane entgegenzutreten zu können, wurde 2003 ein Friedensprogramm geschaffen (das Afrika Bulletin berichtete Anfang 2007 darüber). In dem mit rund 600 000 Menschen zweitgrössten Township Südafrikas, das in der Provinz Eastern Cape in der Nähe von East London liegt, herrschten desolate Zustände: Gewaltverbrechen, Drogenkonsum, Kriminalität und sexuelle Belästigungen waren an der Tagesordnung. Auf den Polizeistationen und bei den Gerichten stapelten sich die Anklagen. Einerseits waren die Behörden überlastet, andererseits wurden auch dort masslose Missstände verzeichnet (Korruption, Untätigkeit, Missbrauch von Amtsgewalt bis hin zu Gewaltanwendung). Das Friedensprogramm in der Gemeinde Mdantsane setzte beim Amtsgerichtshof, den Polizeistationen und Schulen an, um diesen Missständen beizukommen – und es kann heute Erfolge aufweisen.

Heute vermitteln die geschulten Beraterinnen und Mediatoren, die für ihren Einsatz nicht entschädigt werden, erfolgreich zwischen Opfern und Tätern. Bis heute konnten bereits viele aussergerichtliche Einigungen erzielt und die einzelnen Gerichte und die Staatsanwälte von vielen Fällen im Bereich Kleinkriminalität entlastet werden. Geschlichtete Fälle werden von beiden Zentren weiter beobachtet und gegebenenfalls nachbetreut. Durchschnittlich werden monatlich mehr als 200 Fälle durch Mediation geregelt.

Als Service anerkannt

Das Pilotprojekt war so erfolgreich, dass das Mediations-Programm inzwischen beim Amtsgericht in Mdantsane als Interventions-Service anerkannt wird. Vom Mediationszentrum erarbeitete Vereinbarungen zwischen Opfer und Täter sind heute auch von den verschiedenen Gerichten als rechtsverbindlich akzeptiert. Der amtierende Friedensrichter hat die Wichtigkeit des Angebots erkannt und einen Beamten für die Koordination eingesetzt. Das Gericht verweist nun Opfer offiziell an das Zentrum als Alternativlösung für lange und teure Gerichtsverfahren. Auch das Opfer-Unterstützungszentrum findet Akzeptanz. Briefe von diesem Zentrum werden von den Polizeistationen offiziell anerkannt.

«Silent witness»-Programm

Ein weiterer Teil des Friedensprogramms bildet das «silent witness»-Programm (stille Beobachter). Das Programm macht sich den traditionellen Respekt vor älteren Personen zu nutzen: Ältere Personen, die als so genannte «silent witness» auf dem ganzen Schulareal patrouillieren, sorgen dafür, dass illegale Aktivitäten verhindert werden. Das Pilotprojekt begann an der Ulwazi High School in Mdantsane. Dort konnten Freiwillige erfolgreich den Drogenverkauf auf dem Schulareal sowie sexuelle Belästigungen unterbinden. In enger Zusammenarbeit mit der Schulleitung weist das Projekt auch viel versprechende Resultate in der Gewaltprävention auf. Inzwischen ist das erfolgreiche Schulprojekt vom Bildungsdepartement anerkannt worden und es wird auf Schulkonferenzen bereits als mustergültiges Modell präsentiert.

IT und Sport aufgerüstet

Sehr gut ist auch die Einführung von Computer- und Sportlektionen an der Ulwazi Schule angekommen. Durch zusätzliche Angebote werden Jugendliche eingebunden und von asozialem Verhalten abgehalten. So war es ein weiteres Hauptziel, Schulen und die beiden Zentren IT-mässig aufzurüsten. Die wenigsten Bewohner von Mdantsane haben privat einen Computerzugang, er ist für viele nur in Schulen oder Zentren möglich.

An der Ulwazi Schule wurden Computer installiert und ein Lehrgang geschaffen. Das Mediations- und das Opfer-Unterstützungszentrum sind ebenfalls mit Computern ausgerüstet und die MediatorInnen und BeraterInnen gezielt dafür geschult worden. Langfristig sollen – mit der Erschliessung übers Internet – auch Websites für das Friedensprogramm eingesetzt werden.



Mdantsane ist nach Soweto das zweitgrösste Township Südafrikas. Es liegt zwischen der Küstenstadt East London und King Williams Town.

Beratungs- und Mediationszentrum

Ziel war, zum Lösen von Nachbarschaftskonflikten und zur Vermittlung zwischen Opfern und Tätern eine Opfer-Unterstützungs-Kampagne aufzubauen. Das Pilotprojekt sah vor, Freiwillige auszubilden und als BeraterInnen und MediatorInnen einzusetzen. Viele Opfer trauten sich nicht, Verbrechen, die gegen sie begangen wurden, auf der Polizeistation anzuzeigen. Für sie entstand ein Opfer-Unterstützungszentrum, wo sie Beratung und Beistand erhalten. Im Amtsgericht wurde ein Mediationszentrum eingerichtet, welches Fälle der Kleinkriminalität behandelt.

Programmfortsetzung gesichert

Die beiden Zentren in Mdantsane sind einzigartig in ganz Südafrika. Heute kommen Anfragen aus anderen Provinzen, die das Modell studieren wollen. Das Opfer-Unterstützungszentrum, das in einer Polizeistation eingemietet war, hat sich so stark entwickelt, dass das Polizeidepartement kürzlich einwilligte, ein neues Zentrum zu bauen. Dieses ist noch nicht ganz funktionsbereit, wird aber in der nächsten Zeit den Betrieb aufnehmen können. Für das «silent witness»-Programm interessierten sich ursprünglich 65 von rund 200 Schulen in Mdantsane.

Zurzeit sind aber nur sechs Schulen mit je etwa 1000 SchülerInnen daran beteiligt. Grund für den massiven Rückgang ist die abnehmende Zahl der Freiwilligen, die sich auf Dauer diese tägliche Mitarbeit ohne jegliche finanzielle Unterstützung nicht leisten können.

Die meisten von ihnen verfügen ausser über eine allfällige kleine Rente über keinerlei Einkommen. Trotzdem müssen sie für ihre Familien sorgen.

Das Justizministerium der Eastern Cape Provinz stellt kein Geld für den Betrieb der Mediationszentren zur Verfügung. Auch das Bildungsdepartement beteiligt sich nicht finanziell am «silent witness»- oder Computer-Programm. Der ganze Aufwand wird über Spenden bestritten. Um zu verhindern, dass weitere Freiwillige abspringen, ist Unterstützung nötig. Das Afrika Komitee hat vom Basler Regierungsrat 31 000 Franken für das Mdantsane Friedensprogramm erhalten. Mit diesem Beitrag wird es möglich sein, weitere MediatorInnen und BeraterInnen auszubilden und ihren Einsatz zu vergüten. Damit sind Unterhalt und Weiterführung der Programme im Moment gesichert. ■

Ein Beispiel

Wie die Opfer-Unterstützungszentren arbeiten

Einer Familie wurde vom Nachbarssohn der TV gestohlen. Er verkaufte das Gerät. Die bestohlene Familie erstattete Anzeige. Der Fall blieb aber beim Gericht über Monate hängen. Dies führte zu weiteren Spannungen unter den Nachbarn. Schliesslich übernahm ein Mediationszentrum den Fall und führte innerhalb kürzester Zeit eine gütliche Regelung herbei. Die beiden Parteien einigten sich darauf, dass der Täter das Gerät in Ratenzahlungen über sechs Monate abbezahlt. Das Gericht musste den Fall nur noch rechtskräftig gutheissen. •

Unterstützen Sie Mdantsane!

Das Afrika-Komitee unterstützt mit beschränkten Mitteln das Mediationszentrum Mdantsane seit längerer Zeit.

Gerne nehmen wir Ihren Beitrag für die Weiterführung dieser sinnvollen Arbeit entgegen.

Benützen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein für Ihre Überweisung auf PC 40-17754-3, Afrika-Komitee. •

Besten Dank!



oben:
Das neue Opfer-
Unterstützungszentrum
in Mdantsane.
unten:
Mediatorin und Mediator
im Büro des Mediationszentrum
Mdantsane.

Literatur

Buchbesprechungen



Handlich und hilfreich

hus. Der neue Taschenkalender 2009 «Afrika» liegt seit Herbst in den Buchhandlungen auf – bereits zum 13. Mal. Für Afrika bedeutungsvolle Ereignisse werden aufgeführt, daneben gibt es auch Exkurse durch längere Texte (verkürzen eine abendliche Zugfahrt!). Eine handliche und unterhaltsame Agenda für all jene, die noch nicht auf digitale Mattscheibe umgestellt haben. ■

Taschenkalender 2009 Afrika,
Frankfurt 2008 (Brandes & Apsel)



Alles umgekehrt

red. In den Vereinigten Staaten von Afrika herrscht der Fortschritt. Afrikanische Finanzmärkte geben den Takt vor, bezahlt wird weltweit mit der AfriCard. Afrikanische Universitäten bilden die Elite der Wissenschaft aus. Die Einzigen, die vielleicht nicht gleichgültig gegenüber den Millionen von Elendsflüchtlingen aus dem Norden sind, die verzweifelt an ihrer Grenze auflaufen oder halbtot an den Stränden von Djerba und Algier aufgegriffen werden, sind die Künstler. Auch die junge Malerin Maya hat sich der Parole «Eine andere Welt ist möglich» verschrieben. In der Normandie geboren und von einem gutmeinenden Paar in Asmara adoptiert, begibt sie sich nach dem Tod ihrer Adoptivmutter auf die Suche nach ihren eigenen Wurzeln ... Doch leider ist ihre leibliche Mutter so alt, verarmt und zahnlos, das Maya ihr zwar eine lebenslange Rente aussetzt, dann aber schnell nach Eritrea zurückkehrt, um dort die Eindrücke ihrer Reise künstlerisch umzusetzen ...

Abdourahman Waberi aus Dschibuti hält uns Europäern den Spiegel vor. Er beobachtet genau und zeichnet Verhaltensformen nach – nur eben: Alles umgekehrt! ■

Abdourahman A. Waberi:
In den Vereinigten Staaten von Afrika,
Roman, Hamburg 2007 (Edition Nautilus)



Zarma? Zarma!

hus. Mehr als drei Millionen Menschen sprechen Zarma. Es ist die Sprache, die in weiten Teilen Nigers, aber auch im angrenzenden Mali und Benin gesprochen wird. Verschiedentlich ist die Sprache schon erforscht worden; Wörterbücher gibt es auch. Leo Sibomana, der an verschiedenen Universitäten in Europa geforscht und gelehrt hat, aber auch an der Universität von Niamey (Niger), legt nun die über 500 Seiten starke Grammatik vor (Französisch–Zarma). ■

Leo Sibomana:
Le Zarma Parlé, Esquisse Grammaticale.
Lexique. Textes, Berlin 2008 (Lit-Verlag)

Schweiz – Dritte Welt

hus. Längst hat sich das «Schweizerische Jahrbuch für Entwicklungspolitik» zu einem hochkarätigen Fundus an Fakten und Analysen entwickelt, das nicht mehr wegzudenken ist. Das verarbeitete Material und die wissenschaftlichen Beiträge sind mittlerweile so umfassend, dass das Jahrbuch in zwei Teilen erscheint. Neben dem Teilband «Fakten und Statistiken», der entgegen dem trockenen Titel keinesfalls etwa ein Zahlenfriedhof ist, sondern die Entwicklung in gut lesbaren Beiträgen nachzeichnet, befasst sich der zweite Teilband mit dem Thema «Entwicklungsfinanzierung durch Mobilisierung lokaler Ressourcen». Dieser Ansatz ist zentral für eine mögliche Entwicklung «von unten her». Die Beiträge von rund 20 Autorinnen und Autoren befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten, von Länderberichten bis zu theoretischen Analysen. Dank der Unterstützung von Deza und Seco ist es möglich, diese wichtige theoretische Arbeit zu leisten. ■

IUED:
Schweizerisches Jahrbuch für
Entwicklungspolitik, Band 26 (Teile 1 und 2),
Genf 2007 (IUED)

3K im Kongo

hus. Unter dem Titel «Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens» ist ein willkommener Überblick über die aktuelle Entwicklung – oder ist wohl eher von der aktuellen Krise zu sprechen? – in diesem rohstoffreichen Land erschienen. In drei Kapiteln wird die Entstehung des Kongos, Mobutus Zaire und der Sturz Mobutus durch Kabila aufgearbeitet. Weitere vier Kapitel betreffen den Konflikt im Osten in der Provinz Kivu und die aktuelle Lage. Von einem organisierten Staat kann heute nicht mehr die Rede sein. Längst organisieren die Kongolesen ihr Leben selbst. Kernaufgaben des Staates werden an der Basis organisiert und gegen staatliche Machtansprüche behauptet – von Schulbildung bis hin zur bewaffneten Selbstverteidigung.

Das faktenreiche Buch ist leicht lesbar. Der Verfasser, Dominic Johnson, fasst die komplexe Entwicklung prägnant zusammen und schließt so mit seinem gut 200 Seiten starken Buch eine Lücke im (deutschsprachigen) Literaturangebot. ■

Dominic Johnson:
Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst
des Überlebens, Frankfurt 2008
(Brandes & Apsel)

Eroberung des Sudans

red. Im Aufstand des Mahdi (1881–1885) zeigt der Islam erstmals das moderne Gesicht der radikalen politischen Kraft des militanten Fundamentalismus, wie wir ihn heute zu kennen glauben. Mohammed Ahmed, der Mahdi und Stellvertreter Gottes auf Erden, erobert den Sudan und errichtet ein islamisches Kalifat. Er belagert Khartum, wo sich General Charles Gordon, der Bevollmächtigte Commander der britischen Krone, verschanzt hat, und stürmt die Stadt nach 352 Tagen. Gordon wird niedergemacht, Khartum Hauptstadt eines islamischen Gottesstaates – eine historische Demütigung für die Briten. Erst über zehn Jahre später



können die Briten sich rächen und das Kalifat zerschlagen. Der ägyptisch-britische Feldzug unter Herbert Kitchener (1896–1898) setzt modernste Technologie gegen die Reiterarmeen der Araber ein und läutet mit einem bis dahin beispiellosen Aufwand industrieller Kriegslastik in Nordafrika unwiderruflich unsere Gegenwart ein. Winston S. Churchill war bei diesem Feldzug dabei. Der damals 24-jährige führte eine Kavallerieschwadron – sein Buch über den Feldzug wird ein Jahr später zum Bestseller. Churchill beschreibt den Feldzug, die politischen Verhältnisse, aber auch das Land und die Mentalität der Kriegsgegner. Mit erstaunlicher Unvoreingenommenheit kritisiert er die Fehler der Engländer im Umgang mit dem unterworfenen Gegner und diskutiert die uns derzeit so brennende Frage: Woher bezieht der religiöse Fanatismus seine politischen Energien? «The River War» (so der Originaltitel) erschien nach der Erstausgabe (1899) in mehreren vom Autor selbst gekürzten Ausgaben. Georg Brunold, der jahrelang als Korrespondent der NZZ aus Afrika berichtete und bereits verschiedene bemerkenswerte Publikationen verfasste, hat in der von ihm edierten und eingeleiteten ersten deutschen Ausgabe von Churchills Buch die zahlreichen Versionen des Textes verglichen und macht uns auch interessantesten Teile der ursprünglichen Fassung wieder zugänglich, die Churchill selbst gestrichen hatte, als er in die Politik ging. ■

Winston S. Churchill:
Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi,
hgg. von Georg Brunold, Frankfurt 2008
(Die andere Bibliothek im Eichborn Verlag)



Chiwoniso | Rebel Woman

1990 machte Chiwoniso Maraire erstmals in der Musikszene Harares, der Hauptstadt von Zimbabwe, auf sich aufmerksam. Die Tochter des legendären Musikethnologen und Musikers Dumisani Maraire veröffentlichte das international wahrgenommene Album *Ancient Voices*. Nachher wurde es wieder ruhiger um Chiwoniso. Sie arbeitete mit Oliver Mtukudzi zusammen, aber auch mit Sinead O'Connor, Salif Keita, Habib Koite und anderen.

Nun ist *Rebel Woman* erschienen. Chiwoniso produzierte das Album zusammen mit dem Musiker und Produzenten Keith Farquharson. Aufgenommen wurde in Zimbabwe, Südafrika und England. Auf der Produktion spielen einige bedeutende MusikerInnen aus Zimbabwe mit, aber auch aus Südafrika und dem Umfeld des Plattenlabels *cumbancha*, welches

besonders durch die begeisternde Musik aus Belize bekannt wurde.

Rebel Woman ist eine angenehm zu hörende und abwechslungsreiche Platte. Zimbabwe Afro-Pop mit traditionellen und auch eher rockigen Tönen. Natürlich spielt das Mbira eine wichtige Rolle auf dieser Produktion. Shona-Tradition dringt durch. Dazu afro-amerikanische Musik zwischen Soul und HipHop. Die Songs, meistens von Chiwoniso geschrieben, handeln von den Rechten der Frauen und Kinder, sie kritisieren die politische Führung Zimbabwes oder vermitteln ganz einfach ein positives Lebensgefühl. Chiwoniso, diese Frau mit Löwenherz, trägt textlich unerschrocken und klanglich vielschichtig zu einer besseren Zukunft Zimbabwes bei.

Chiwoniso Maraire und ihren MitmusikerInnen ist ein Werk gelungen, welches viele ZuhörerInnen finden wird. Dazu gibt es auf der CD auch einige Stücke, welche mit feinem Tanz-Groove daherkommen. Die zu hörenden zwölf Songs sind eine gelungene Mischung von Shona- und Englisch-Lyrik. Dazu hat Chiwoniso eine wirklich bezaubernde Stimme. Die Frau hat das Zeug zur kommenden Afro-Pop Diva! ■

Chiwoniso:
Rebel Woman. 12 Stücke, etwa 50 Minuten
Spielzeit. *cumbancha*-Rec.

Bezugsadresse für CD:
Buchhandlung Comedia,
Katharinengasse 20,
9004 St. Gallen.
medien@comedia-sg.ch.
www.comedia-sg.ch, mit
umfassendem
Angebot aktueller CDs mit
Musik aus Afrika.
Die Besprechung verfasste
Pius Frey.

Menschenrechte bleiben auf der Strecke

Durchsetzbarkeit nimmt ab

Europäische Staaten können ihre Vorstellungen von Menschenrechten immer schwerer in der Welt durchsetzen. Das ergibt eine statistische Auswertung der Beschlüsse in den drei wichtigsten UN-Gremien.

Einer neuen Studie zufolge nimmt der Einfluss des Westens innerhalb der UNO immer weiter ab. Besonders betroffen sei vor allem die EU und die Fähigkeit der EU, ihre Vorstellungen von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit weltweit zu fördern. Diese habe «dramatisch abgenommen», klagt der «European Council on Foreign Relations» (ECFR), eine 2007 ins Leben gerufene europäische Denkfabrik.

Anhand einer statistischen Auswertung der Abstimmungen in der UNO in den vergangenen Jahren kommt die Studie zum Schluss, dass der Einfluss der EU in drei wichtigen Gremien der Weltorganisation stark zurückgegangen ist: In der Generalversammlung, im Menschenrechtsrat und im Sicherheitsrat.

Machtgefüge verlagert sich nach Osten

Das globale Machtgefüge verlagere sich immer mehr in Richtung China, Indien, Russland und andere aufstrebenden Nationen. Dies untergrabe die Bemühungen Europas und der USA, Menschenrechte, Freiheiten und Multilateralismus in ihrem Sinne durchzusetzen. In Georgien, Zimbabwe, Myanmar (Burma) und auf dem Balkan habe der Westen eine Reihe von Niederlagen einstecken müssen, wird in der Studie betont.

Seit den späten 1990er Jahren habe die EU die regelmässige Unterstützung von 41 Verbündeten bei Abstimmungen über Menschenrechtsfragen verloren. Hätten zu Beginn dieses Zeitraums EU-Positionen zu diesem Thema noch mehr als 70 Prozent Zustimmung in der UN-Generalversammlung gefunden, habe die Unterstützung in den letzten beiden Jahren nur mehr rund 50 Prozent betragen. Genau umgekehrt habe sich dagegen die Unterstützung von Vorschlägen Russlands und Chinas entwickelt: «Dieses Paradoxon kam 2008 zum Vorschein, als die EU versuchte, über die UNO im Hinblick auf Myanmar oder Zimbabwe etwas in Bewegung zu setzen und der Sicherheitsrat sich zu keiner Aktion durchringen konnte. Diesen Niederlagen waren frühere Rückschläge für die EU in der UNO vorangegangen – von Kosovo bis Darfur», hält die Studie fest.

Verantwortlich für diese Entwicklung sei einerseits die Verlagerung des weltweiten Machtgefüges, andererseits auch die Differenzen zwischen der EU und den USA in der Ära von Präsident George W. Bush in Menschenrechtsfragen. Dies habe beide geschwächt. Dadurch müssten sie auch ständig nach Unterstützung Ausschau halten, um das Atomprogramm des Iran zu bremsen.

Umstrittener Menschenrechtsrat

Die bitteren Niederlagen des Westens bei der UNO in New York werden durch jene beim in Genf ansässigen Menschenrechtsrat noch verschlimmert. Im März hatten die islamischen Länder eine Änderung des Mandats des Berichterstatters für Meinungsfreiheit durchgesetzt. Angesichts der Krise um die dänischen Mohammed-Karikaturen wurde er verpflichtet, Fälle von Blasphemie aufzuzeigen. Nach Meinung von KritikerInnen wurde dadurch dieser eigentlich für die Verteidigung der Freiheit geschaffene Posten in ein Instrument der Unterdrückung umgewandelt.

In den beiden Jahren seit seiner Schaffung wurden die 19 im 47 Länder umfassenden UNO-Menschenrechtsrat vertretenen europäischen Länder völlig an den Rand gedrängt. Bei mehr als der Hälfte aller Abstimmungen mussten sie Niederlagen hinnehmen. Dies, obwohl die EU der weltweit grösste Geber von Hilfsgeldern ist. ■

Der Artikel basiert auf einer Information von diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/415706.

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 131: Die Schweiz und die Sklaverei
- Afrika-Bulletin 130: Zukunft Biodiesel?
- Afrika-Bulletin 129: Kampf um Rohstoffe
- Afrika-Bulletin 128: Wasser als Schicksalsfrage
- Afrika-Bulletin 127: Zimbabwe – Mugabe muss weg!
- Afrika-Bulletin 126: Weltsozialforum Nairobi 2007
- Afrika-Bulletin 125: Indigene im südlichen Afrika
- Afrika-Bulletin 124: Westsahara – Kapitulation des Völkerrechts?
- Afrika-Bulletin 123: Angola

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2007
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort